



Breite Unterstützung für GdP-Initiative „Polizei 2020“

Mit weit mehr als 100 Einzelaktionen ist die GdP Anfang Februar in ganz NRW auf die Straße gegangen, um auf die Folgen des drohenden Personalabbaus bei der Polizei aufmerksam zu machen. Mit großem Erfolg: Fast flächendeckend haben die Medien berichtet, dass Wachen geschlossen werden müssen, wenn es tatsächlich zum Abbau von 1800 Stellen bei der Polizei kommen sollte, und welche Folgen der Personalabbau für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hätte. Von Aachen bis Bielefeld. Vom Kreis Steinfurt bis zum Rhein-Sieg-Kreis. Auch die zahlreichen Koalitionspolitiker und Landtagsabgeordneten, mit denen die GdP Gespräche über die Zukunft der Polizei geführt hat, zeigten sich beeindruckt: Die Botschaft, dass ein weiterer Personalabbau unweigerlich zu weniger Sicherheit für die Menschen führt, ist bei ihnen angekommen. Jetzt muss sich zeigen, ob diese Erkenntnis auch zu einer Korrektur des vorliegenden Haushaltsentwurfs für 2013 führt und die Zahl der Neueinstellungen auf 1500 erhöht wird. Die Entscheidung darüber ist erst nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe gefallen.

Druck, Druck, Druck – das ist die einzige Sprache, die Politiker verstehen. Und das gilt erst recht in Zeiten der Schuldenbremse: „Jeder Euro, der zusätzlich ausgegeben wird, muss zuvor an anderer Stelle eingespart werden“, das zumindest hatte Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) bereits vor Beginn der Haushaltsberatung gefordert, und das gelte auch für die Polizei. In den zahlreichen Gesprächen, die die Mitglieder des Landesvorstands aber auch die Vertreter der Kreisgruppen vor Ort während der Aktionstage mit führenden Koalitionspolitikern und örtlichen Landtagsabgeordneten geführt haben, stand deshalb die Frage der Finanzierbarkeit der zusätzlichen Neueinstellungen immer wieder im Mittelpunkt. Dabei wissen auch die Abgeordneten: Nur mit mehr Einstellungen kann der massive Anstieg bei den Pensionierungen aufgefangen werden.

Die GdP-Vertreter haben in den Gesprächen betont, dass es eine Entscheidung über die Personalausstattung der Polizei ausschließlich nach Kassenlage nicht geben darf. „Wer die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zum Spielball der Haushaltssanierung macht, muss mit dem massiven Widerstand der Menschen rechnen“, hatte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert immer wieder erklärt. „Sollte es trotz der enorm gestiegenen Kriminalität beim geplanten Personalabbau bei der Polizei bleiben, sind die Aktionstage der GdP nur ein moderater Auftakt für das, was dann folgen wird“, betonte Plickert. In den vergangenen

Jahren hat die GdP schon einmal einer Landesregierung mit Hunderten von Protestaktionen so lange Druck gemacht, bis die Zahl der Neueinstellungen gestiegen ist, von damals 500 auf 1100. „Das werden wir notfalls gegenüber der jetzigen rot-grünen Landesregierung wiederholen“, sagte Plickert. Doch noch ist es

ten, hat GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert in den Wochen vor der entscheidenden Abstimmung im Landtag eine ganze Reihe von vertraulichen Hintergrundgesprächen mit führenden Vertretern der Landesregierung geführt. Darunter war auch ein längeres Gespräch mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft



Auftakt der Aktionstage am 4. Februar in Düsseldorf.

Fotos: Jürgen Seidel/GdP

nicht so weit, weil auch der Politik inzwischen dämmert, dass sich die Menschen einen weiteren Personalabbau bei der Polizei nicht länger gefallen lassen.

Um den Druck auf die rot-grüne Landesregierung auch über das Ende der Aktionstage hinaus weiter aufrecht zu erhal-

(SPD) und ein Zusammentreffen des Vorstands mit der Parteivorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Monika Düker, und der innenpolitischen Sprecherin der Grünen, Verena Schäffer.

→ Seite 2



Ruhegehaltsfähigkeit: Versprochen ist versprochen

Die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage ist neben der Erhöhung der Einstellungszahlen die zweite zentrale Forderung der GdP für den Landeshaushalt 2013. Rot-Grün will die Ruhegehaltsfähigkeit erst im Rahmen der Dienstrechtsreform 2 wieder herstellen. Zudem soll die Maßnahme kostenneutral umgesetzt werden, was nicht anderes bedeutet, als dass die Beschäftigten die Verbesserung der Altersversorgung durch Einsparungen an anderer Stelle selbst finanzieren sollen. Bleibt es dabei, wäre das der Bruch eines zentralen Wahlversprechens von Rot-Grün.

Antrag der SPD-Fraktion im Landtag vom 6. 5. 2008:

Feuerwehr- und Polizeizulage müssen wieder ruhegehaltstauglich werden bzw. bleiben!

Begründung: „Die Weitergewährung der Feuerwehr- und Polizeizulage ist auch für Ruhestandsbeamte dringend erforderlich. Während ihres Dienstes sind sie oft psychischen und physischen Höchstbelastungen ausgesetzt, die sie oft ein Leben lang begleiten.“

Unterzeichner: Hannelore Kraft, Carina Gödecke, Ralf Jäger, Gisela Walsken, Hans-Willi Körfges, Thomas Trampe-Brinkmann, Dr. Karsten Rudolph.

Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis90/Die Grünen 2010 bis 2015

Auszug: „Im Rahmen der Dienstrechtsreform wollen wir die Ruhegehaltsfähigkeit der Feuerwehr-, Polizei- und Justizzulage schaffen.“

In den folgenden Beratungen wurde durch Rot-Grün eine Kopplung mit der Verlängerung der Altersteilzeit der Lehrer vorgenommen. Wegen des sich daraus ergebenden hohen Gesamtkostenrahmens konnte die Ruhe-

gehaltsfähigkeit der Gefahrenzulage nicht zeitnah umgesetzt werden.

Dienstrechtsreform und Polizeizulage

Nachdem klar war, dass sich die Dienstrechtsreform verschieben würde, gab es im vergangenen Jahr deutliche Signale, die Ruhegehaltsfähigkeit der Gefahrenzulage vorzuziehen.

Thomas Stotko, Innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion am 23. 1. 2012: „Die Ruhegehaltsfähigkeit kommt zum 1. 1. 2013.“

Monika Dücker, Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, im Januar 2012 in der Deutschen Polizei: „Mein Ziel ist es, dass wir im Laufe des nächsten Jahres die Grundlagen für die Wiedereinführung schaffen. Dafür werde ich mich einsetzen.“

Entwurf der Landesregierung zum Dienstrechtsanpassungsgesetz vom 4. 12. 2012

Der in den Landtag eingebrachte Gesetzesentwurf erwähnt die Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizei- und Feuerwehrzulage mit keiner Silbe. Im Übrigen greift er auch keine einzige Forderung der DGB-Gewerkschaften zur dringend notwendigen Modernisierung des überkommenen Dienstrechts auf. Enthalten ist lediglich eine Verlängerung der Altersteilzeit für Lehrer zu schlechteren Konditionen.

Fazit

Wie es bei der Umsetzung des zentralen Wahlversprechens von Rot-Grün weiter geht, müssen jetzt die beiden Regierungsparteien erklären. Die GdP wird verhindern, dass sich die SPD und die Grünen bei der Ruhegehaltsfähigkeit klammheimlich aus der Verantwortung stehlen.

Fortsetzung von Seite 1

Auch die Oppositionsparteien wurden in die Gespräche mit einbezogen. So gab es unter anderem ein Treffen des GdP-Vorsitzenden mit dem innenpolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, Dr. Robert Orth.

Würde die Zahl der Neueinstellungen in den Jahren 2013 bis 2015 auf 1500 steigen, wäre die Frage des Nachersatzes zumindest bis zum Jahr 2018 geklärt. Das Land würde Zeit gewinnen, um den Aufgabenzuschnitt der Polizei in NRW grundsätzlich zu überprüfen und eine neue mittelfristig ausgerichtete Einstellungsplanung vorzulegen. Auch daran würde die GdP mitarbeiten. Kommt es hingegen nicht zu einer Erhöhung der Einstellungszahlen auf mindestens 1500 Kommissaranwärterinnen und -anwärter, wäre dieser Weg verbaut. Denn Rot-Grün würde auch öffentlich ein Signal setzen, dass ihr die Sanierung des Landeshaushalts wichtiger ist als die Sicherheit der Bürger.



Rot-Grün plant Haushaltssanierung zulasten der Nachwuchs-Kommissare

Die geplante Dienstrechtsreform in NRW soll nicht zulasten der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gehen, sondern haushaltsneutral sein – das betonen führende Vertreter der rot-grünen Landesregierung immer wieder. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Mehr als 1,65 Millionen Euro will das Land in Zukunft pro Jahr alleine bei den Kommissaranwärterinnen und -anwärttern sparen, wenn sie im Anschluss an ihre dreijährige Bachelor-Ausbildung in den Polizeidienst übernommen werden. Das geht aus dem Gesetzentwurf für das Dienstrechtsanpassungsgesetz hervor, über den der Landtag in Kürze entscheiden soll.

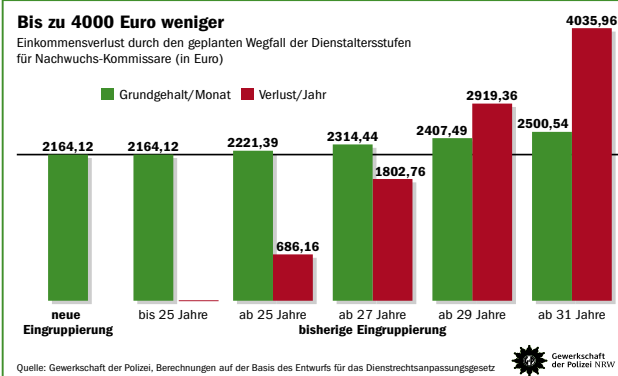
Betroffen von den Sparmaßnahmen sind alle Nachwuchs-Kommissare, die bei der Übernahme in den regulären Polizeidienst mindestens 25 Jahre alt sind. Nach der bisherigen Rechtslage werden die Nachwuchs-Kommissare je nach Alter in die Dienstaltersstufen A 9, Stufe 2 bis A 9, Stufe 6 eingruppiert. Nach der geplanten Gesetzesänderung sollen die bisherigen Dienstaltersstufen durch Erfahrungsstufen ersetzt werden. Was sich scheinbar harmlos anhört, hat für ältere Nachwuchs-Kommissare gravierende Folgen, denn sie werden genauso wie ihrer jüngeren Kolleginnen und Kollegen in Zukunft einheitlich in die Erfahrungsstufe A 9, Stufe 2 eingruppiert. Für die Betroffenen führt die Änderung zu Einkommensverlusten von bis zu 4000 Euro im Jahr. Das ist deutlich mehr als ein komplettes Monatsgehalt (siehe Grafik).

Hinzu kommt, dass es nach dem bisherigen Gesetzentwurf noch nicht einmal eine Übergangsregelung geben soll. Der Einkommensverlust würde auch Anwärtnerinnen und Anwärter treffen, die sich bereits in der Ausbildung zum Polizeikommissar befinden und auf das ihnen zugesagte höhere Einkommen angewiesen sind, weil sie zum Beispiel eine Familie ernähren müssen. Sie hätten ihre Ausbildung bei der Polizei unter falschen finanziellen Versprechen begonnen.

Die Gewerkschaft der Polizei hat das Vorgehen der rot-grünen Landesregierung scharf kritisiert. „Die Polizei ist im härter werdenden Wettbewerb um junge Nachwuchskräfte auf die besten Köpfe angewiesen. Mit Gehaltstricks zulasten der Beschäftigten können wir diesen Wettbewerb nicht gewinnen“, warnte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert die rot-grüne Landesregierung vor falschem Sparsieffer. Die GdP verlangt von der Landesre-

gierung, dass die geplanten Gehaltskürzungen bei den Nachwuchs-Kommissaren zurückgenommen werden. „Es ist schäbig, wie das Land versucht, klammheimlich fast

zwei Millionen Euro auf Kosten von jungen Polizistinnen und Polizisten einzusparen. Sie schadet damit dem Ruf und der Leistungsfähigkeit der Polizei.“



Nach den Plänen der rot-grünen Landesregierung sollen Nachwuchs-Kommissare nach dem Ende ihres dreijährigen Bachelor-Studiums einheitlich in die Besoldungsgruppe A 9, Stufe 2 eingruppiert werden. Je nach Alter führt das zu einem Einkommensverlust von bis zu 4000 Euro pro Jahr.

Das Märchen vom Puffer

Drei Tage lang hat die GdP die Bürgerinnen und Bürger, Journalisten und Landtagsabgeordnete gefragt, was sie davon halten, wenn in Zukunft in ganz NRW Polizeiwachen geschlossen und Dienstschichten und Kommissariate ausgedünnt werden? Weil niemand mehr da ist, der die Einsatzwagen und Wachen noch besetzen kann. Das Erschrecken war groß, auch im Innenministerium.

„Ab 2016 gehen mehr Polizisten in Ruhestand als die Ausbildung beenden“, ließ die Pressestelle in einer eigens verbreiteten internen Sprachregelung die Polizeibehörden vor Ort wissen, aber die Landesregierung habe vorgesorgt. Schließlich stelle das Land aktuell über den Durst ein. Mehr noch: In NRW gebe es bei den Einstellungen ein „bundesweit vorbildliches Konzept“.

Hört sich gut an, nur mit der Realität hat das nichts zu tun. Denn noch immer werden im Innenministerium die Zahlen schön gerechnet und geredet. Noch immer wird unterstellt, dass jeder, der in NRW die Ausbildung zum Polizeikommissar beginnt, sie am Ende auch erfolgreich abschließt. Noch immer wird unterstellt, dass Polizistinnen und Polizisten keine Kinder kriegen, und dass das Innenministerium deshalb bei der Personalplanung weder Ausfallzeiten durch Schwangerschaft einplanen muss noch die späteren Familienphasen.

Auch die Mär, dass NRW aktuell „ein Fettpolster aufbaut“, stimmt allenfalls für die kommenden drei Jahre: 2013 werden 68 Polizistinnen und Polizisten mehr in die Polizeibehörden kommen als altersbedingt wegfallen. 2014 sind es 171 mehr, 2015 sind es 66. Und das auch nur, wenn niemand schwanger wird oder sonst wie ausfällt. Ein „Fettpolster“ stellt man sich anders vor. Auch angesichts der Lücke von 1800 Polizistinnen und Polizisten, die von 2016 bis 2020 in NRW verloren gehen. Deshalb weiß auch der Innenminister, dass die GdP-Forderung nach 1500 Neueinstellungen alternativlos ist. Auch das löst bei weitem nicht alle Personalsorgen der Polizei. Aber wir würden so zumindest dafür sorgen, dass am Ende der dreijährigen Ausbildungsphase 1400 Fachhochschulabsolventen bei der Polizei ankommen.

**Arnold Plickert,
Landesvorsitzender**



Wir sind es wert! Gewerkschaften gehen am 6. März auf die Straße

Wer hohe Tarifabschlüsse durchsetzen will, muss auf sich aufmerksam machen. 2009, während der vorletzten Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder, hatte die GdP deshalb für die Tariffdemonstration in Düsseldorf eigens einen Karnevalswagen organisiert und damit auch bundesweit für Schlagzeilen gesorgt. 2013 wird das wieder so sein:

Weil die Bundesländer bislang kein Tarifangebot für die Beschäftigten bei Polizei und Justiz, Krankenhäusern und Schulen vorgelegt haben, hat die GdP gemeinsam mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, der Bildungsgewerkschaft GEW und dem Beamtenbund ihre Mitglieder für den 6. März zu einer Demonstration in Düsseldorf aufgerufen.

Mit der Demonstration wollen die Beschäftigten der Länder deutlich machen, dass sie eine ungleiche Bezahlung gleicher Arbeit auf Bundes- und auf Länderebene nicht hinnehmen werden. Zudem fordern die Gewerkschaften, dass der Abstand zur Bezahlung in der privaten Wirtschaft verringert wird. Ende des vergangenen Jahres hatten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes deshalb eine Tariferhöhung



Foto: Manfred Vollmer/GdP

von 6,5 Prozent gefordert. Zusätzlich soll es für die unteren Tarifgruppen eine soziale Komponente geben. Zu den Kernforderungen der Gewerkschaften gehört zudem die vollständige Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamtinnen und Beamten.

Die Demonstration in Düsseldorf findet unmittelbar vor der am nächs-

ten Tag beginnenden, entscheidenden 3. Tarifrunde statt. Ihr kommt deshalb auch bundespolitische Bedeutung zu. Die GdP hat zu der Tariffdemonstration auch die Polizistinnen und Polizisten, die Verwaltungsbeamten und die Pensionäre der Polizei aufgerufen.

Mehr Infos: www.gdp-nrw.de

Versorgungsrücklage: 5 Milliarden angespart

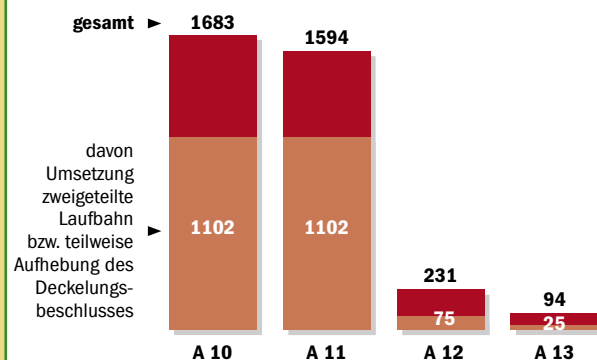
In den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst wird von den Arbeitgebern gerne angeführt, dass das Land auch deshalb sparen muss, weil in den kommenden Jahren die Pensionslasten stark steigen. Dem stehen allerdings Rückstellungen in Milliardenhöhe gegenüber, die das Land in den vergangenen Jahren gebildet hat. An deren Finanzierung wurden auch die Beamten beteiligt, indem das Land auf den Verteilungsspielraum für Tarifierhöhungen insgesamt dreimal einen Vorsorgefaktor von jeweils 0,2 Prozent angerechnet hatte.

Nach Auskunft des Finanzministeriums NRW beträgt die Versorgungsrücklage des Landes mit Stichtag 31. 12. 2012 inzwischen 4,1 Milliarden Euro. Weitere 1,1 Milliarden wurden im Versorgungsfonds NRW angesammelt.

Die Versorgungsrücklage dient dazu, die ab dem Jahre 2018 steigenden Aufwendungen für die wachsende Zahl von Pensionären abzufedern. Der Versorgungsfonds bildet Rücklagen für die Versorgungsbezüge neu eingestellter Beamtinnen und Beamten. Für sie wird monatlich eine Rücklage von 500 Euro pro Person angespart.

3600 Beförderungen geplant

Beförderungsmöglichkeiten im gehobenen Dienst der Polizei NRW 2013



Quelle: Innenministerium NRW



In diesem Jahr gibt es im gehobenen Dienst der Polizei in NRW 3602 Beförderungsmöglichkeiten in die Besoldungsgruppen A 10 bis A 13. Zwei Drittel aller Beförderungen ergeben sich aus der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn bzw. der teilweisen Aufhebung des Deckelungsbeschlusses im Bereich A 12 und A 13.



„DU WIRBST 3.0“ geht in den Endspurt



Mitglieder sind für eine Gewerkschaft das A und O. Ohne eine starke Basis sind Gewerkschaften nicht in der Lage, die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen nachhaltig zu vertreten. Deshalb ist es für die GdP wichtig, sich bei den politisch aktiven Mitgliedern vor Ort zu bedanken, die mit ihrem persönlichen Einsatz andere Beschäftigte für die GdP gewinnen. Seit April 2011 gibt es dazu die Mitgliederwerbeaktion „DU WIRBST“. Jedes Mitglied, das ein neues Mitglied aus dem Bestand wirbt, hat die Chance, einen tollen Hauptgewinn zu erlangen.

Jetzt geht die Mitgliederwerbeaktion „DU WIRBST 3.0“ in den Endspurt: Alle Mitglieder, die sich bis zum 31. März beteiligen, haben noch die Möglichkeit, ein zweitägiges Wellnesswochenende für zwei Personen zu gewinnen.

Mehr Infos:

Sandra Anders, Tel.: 02 11/2 91 01-24,
E-Mail: sandra.anders@gdp-nrw.de

Wir sind die GdP



1100 Beschäftigte arbeiten im LZPD, verteilt auf zwei Bürogebäude im Duisburger Innenhafen, fünf weitere Niederlassungen, zwei Hubschrauberstaffeln und zwei Bekleidungsstellen. Im Gegensatz zu anderen Polizeibehörden in NRW sind im LZPD gerade einmal ein Drittel aller Beschäftigten Polizeivollzugsbeamte. „Wir sind unter den Polizeibehörden ein Exot. Bei uns muss deshalb auch die GdP ganz anders auftreten“, meint Uwe Walde, der Ende Januar neu gewählte Kreisgruppenvorsitzende der GdP. 370 der 1100 Beschäftigten gehören der GdP an. Geht es nach dem neuen Vorstand, sollen es in den nächsten Jahren deutlich mehr werden. „Wir wollen dafür sorgen, dass die GdP in der Behörde stärker sichtbar wird“, fasst Thilo Forkel, der ebenfalls neu gewählte stellvertretende Kreisgruppen-Vorsitzende, die Situation zusammen. Als ersten Schritt hat sich das engere Vorstandsteam zu einer Klausurtagung verabredet, und dann soll es losgehen. Kernthemen der künftigen GdP-Arbeit sollen u. a. Eingruppierungsfragen und Aufstiegsmöglichkeiten im Tarifbereich sein, aber auch die Gestaltung des Arbeitsumfelds bei einer immer älter werdenden Belegschaft. „Bei uns ist alles vertreten, vom Lagerarbeiter in der Kfz-Werkstatt bis zum Experten für den Digitalfunk. Deshalb können wir auch tarifpolitisch einiges bewegen“, meint Thilo Forkel. Und noch etwas ist im LZPD ganz anders: „Die Ingenieure, die bei uns eingestellt werden, kommen oft direkt von der Uni. Denen müssen wir erst einmal erklären, was eine Gewerkschaft ist und warum die Mitgliedschaft in der GdP lohnt. Und wir müssen Aufstiegsperspektiven für sie entwickeln, damit sie bei der Polizei bleiben, wenn draußen die Konjunktur wieder anzieht“, sagt Uwe Walde.

GdP aktiv

2. 3., Bürger- und Polizeifest der Kreisgruppe Coesfeld, St.-Barbara-Haus, Kapellenweg 75, Dülmen

4. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 16.00 Uhr, Haus Lennestein, Werdohler Str. 15, Altena, Anmeldung über die Kreisgruppe, Tel.: 0 23 71/91 99 88 00

6. 3., Mitgliederversammlung der Frauengruppe Kreisgruppe Dortmund, 16.00 Uhr, Kantine PP Dortmund, Markgrafenstr. 102, Dortmund

7. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Coesfeld, 17.00 Uhr, Hotel „Am Müns-terter“, Münsterstr. 59, Coesfeld

8. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Euskirchen, 19.00 Uhr, Kurhaus Gemünd, Urftseestr., Euskirchen

12. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 14.00 Uhr, großer Sitzungssaal, Liegenschaft Norbertstr. 165, Essen

13. 3., Behörden-Eishockeyturnier der Kreisgruppe Essen-Mülheim, 9.00 bis 13.00 Uhr, Eissporthalle, Curtiusstr. 2, Essen. Anmeldungen per Mail an J.Brackmann@web.de

16. 3., Polizeifest der Kreisgruppe Heinsberg, 20.00 Uhr, Gasthaus „Sodek-amp-Dohmen“, Breite Str., Hückelho-

ven. Eintrittskarten über die Vertrauensleute.

18. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 17.00 Uhr, Stammhaus Kaldenhoff, Aktienstr. 140, Essen. Anmeldungen an Koll. Siegfried Czernik, Tel.: 02 01/8 29-71 11 oder per E-Mail: siegfried.czernik@web.de

19. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Unna, 15.00 Uhr, Gaststätte „Bürgerhaus“, Heerener Str. 194, Kamen

21. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Olpe, 16.00 Uhr, Schnepers Tenne, Talstr. 19, Attendorf



Einsatzweste könnte Entlastung bringen

Fast 20 Prozent aller Krankheitsausfälle von Polizeibeamtinnen und -beamten gehen auf Muskel-Skelett-Erkrankungen zurück, deutlich mehr als im Durchschnitt der Bevölkerung. Das geht aus dem Anfang des Jahres veröffentlichten Gesundheitsbericht des Innenministeriums hervor, dem ersten nach dem Inkrafttreten des Behördlichen Gesundheitsmanagements der Polizei (BGM Pol) veröffentlichten Bericht überhaupt. Noch weist der Gesundheitsbericht zu viele inhaltliche Lücken auf, um zu Schlussfolgerungen für eine nachhaltige Verbesserung des Gesundheitsmanagements bei der Polizei zu kommen. Für die GdP steht dennoch fest: Die eklatant hohe Zahl an Muskel-Skelett-Erkrankungen, der Gesundheitsbericht listet alleine für das vergangene Jahr 151 126 Fälle auf, zwingt auch kurzfristig zum Nachdenken über eine mögliche Entlastung, vor allem für die besonders betroffenen Kolleginnen und Kollegen des Wach- und Wechseldienstes. Die GdP unterstützt deshalb Überlegungen des LZPD, für den Wach- und Wechseldienst eine Ein-

satzweste einzuführen, die als Alternative zum bisherigen Einsatzgürtel getragen werden kann. Der Vorteil: Das Gewicht von 4,8 Kilogramm an Ausrüstungsgegenständen, die bislang am Gürtel getragen werden müssen, ließe sich anders verteilen. Hinzu kommt: Gerade Frauen mit einer relativ schmalen Hüfte haben oft Probleme, mit einer vollständigen Ausrüstung im Einsatzwagen Platz zu nehmen. Irgendein Ausrüstungsgegenstand sitzt immer falsch im Rücken, sodass die betroffenen Kolleginnen häufig schief im Fahrzeug sitzen.

Ob die Einführung einer Einsatzweste ein Ausweg aus diesem Dilemma ist, kann erst ein größer angelegter Feldversuch zeigen. Insbesondere in Verbindung mit dem Oberschenkelholster für die Dienstwaffe (DP 1/2013) könnte darin aber eine sinnvolle Lösung liegen.



Foto: Manfred Vollmer/GdP

In anderen europäischen Ländern, in denen die Einsatzweste bereits genutzt wird, wie zum Beispiel in Schweden, haben die betroffenen Polizistinnen und Polizisten jedenfalls positive Erfahrungen mit der taktischen Einsatzweste gemacht.

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 3. 3. Lieselotte Weiß, Geseke
- 6. 3. Katharina Junker, Aachen
- 7. 3. Erna Steeger, Bielefeld
- 9. 3. Ernst Müller, Fröndenberg
- 12. 3. Anneliese Hetkamp-Karla, Gelsenkirchen
- 14. 3. Frida Schwanitz, Marl
- 16. 3. Gertrud de Vries, Schwetzingen
- 18. 3. Edith Felsner, Duisburg
- 21. 3. Joachim Kirmse, Neunkirchen
- 23. 3. Willi Meurer, Grevenerbroich
Margarete Theiner, Solingen
- 25. 3. Maria Weigang, Hagen

91. Geburtstag

- 4. 3. Wilhelm Gross, Mettmann
- 11. 3. Luise Buyk, Rheda-Wiedenbrück
- 18. 3. Helmut Jürgens, Bielefeld
Frank Luschka, Kreuztal
- 19. 3. August Müller, Stolberg
Gertrud Schulte,
Schieder-Schwalenberg
- 28. 3. Hermann Hellmann, Warendorf
- 30. 3. Friedrich Stratemeyer, Hatten

92. Geburtstag

- 2. 3. Heinz Walther, Langenfeld
- 3. 3. Hannelore Nicolaus, Baesweiler
Reiner Schlimm, Bonn
- 7. 3. Elsa Lina Alleweld, Einhausen
- 11. 3. Werner Müller, Remscheid
- 14. 3. Elisabeth Reinold, Fröndenberg
- 16. 3. Gertrud Hantschel, Burgkunstadt

- 19. 3. Walter Hendricks, Krefeld
- 25. 3. Max Frost, Swisttal
- 27. 3. Franz Schmidt, Königswinter
- 29. 3. Otto Fassbinder, Alsdorf

93. Geburtstag

- 2. 3. Ursula Bothe, Lemgo
- 4. 3. Marie-Luise Gehrke, Hagen
- 16. 3. Rudolf Bergmann, Köln
- 17. 3. Josefine Matthias, Gerolstein
- 18. 3. Trude Hakelberg, Köln
Emilie Lotz, Wuppertal
- 21. 3. Renate Bentlage, Wetter

94. Geburtstag

- 18. 3. Anselm Schnabel, Gengenbach
- 25. 3. Klara Jürgens, Hagen

96. Geburtstag

- 4. 3. Juliane Murtfeldt, Wuppertal
- 5. 3. Emma Klussmann, Hattingen
- 28. 3. Else Growe, Essen

97. Geburtstag

- 5. 3. Paul Possart, Bonn

98. Geburtstag

- 22. 3. Heinrich Blennemann, Holzwickede

99. Geburtstag

- 12. 3. Maria Esser, Mönchengladbach

100. Geburtstag

- 31. 3. Maria Nehling, Bocholt

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (Vi. S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-183
Telefax (02 11) 71 04-174
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe
ist der 7. März 2013.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de



Internationaler Frauentag 2013 – GdP-Frauen werden aktiv

Der Internationale Frauentag hat eine über hundertjährige Tradition. Er geht auf die Arbeiterinnenbewegung seit Ende des 19. Jahrhunderts zurück. 1911 haben erstmals mehr als eine Million Frauen zeitgleich in Dänemark, Deutschland, Österreich, in der Schweiz und den USA für eine Gleichberechtigung der Frauen im Arbeitsleben und für die Einführung des Wahlrechts für Frauen demonstriert. An der Aktualität der Forderung nach beruflicher Gleichberechtigung der Frauen hat sich bis heute nichts geändert, trotz aller inzwischen gesetzlich verbrieften Rechte von Frauen, wie ein Blick auf die zunehmende Tendenz zu Altersarmut von Frauen zeigt. Auch Kolleginnen im Polizeibereich sind unmittelbar von Altersarmut betroffen. Die nachhaltige Absenkung des Rentenniveaus, der allgemeine Rückgang der Lohnquote, der massive Vormarsch von Teilzeitarbeitsplätzen mit geringer sozialer Absicherung und die negativen Folgewirkungen einer Unterbrechung der Ar-

beitsphase durch Familie und Kinder – all das gibt es auch im Polizeibereich.

In einem dreitägigen Workshop werden sich deshalb die Mitglieder der GdP-Frau-



engruppen beim Bund und beim Landesbezirk NRW Anfang März eingehend mit den Formen und Konsequenzen von Al-

tersarmut bei der Polizei beschäftigen. Die Präsentation der wichtigsten Arbeitsergebnisse erfolgt am 8. März, dem Internationalen Frauentag, bei einer öffentlichen Veranstaltung auf dem Bertha-von-Suttner-Platz in Düsseldorf (Südeingang des Hauptbahnhofes). Flankiert von Kulturbeiträgen, Infos, Diskussionen sollen dabei die wichtigsten Forderungen der GdP-Frauen zum Abbau von Altersarmut präsentiert werden. Auch die Passantinnen und Passanten, die den Hauptbahnhof verlassen, sollen mit einbezogen werden. Eine Dokumentation im Internet soll zudem die Forderungen der GdP-Frauen weltweit transparent machen. Dass bei dem Projekt die Unterstützung von Frauengruppen und Gewerkschaften vor Ort erwünscht ist, versteht sich von selbst. Auch die Kolleginnen sind ausdrücklich eingeladen, sich hier an dieser Aktion zu beteiligen. Frei nach dem Motto: Internationaler Frauentag 2013 – die GdP kämpft aktiv gegen die Altersarmut von Frauen!

Ruhrfestspiele locken mit deutschen Stars

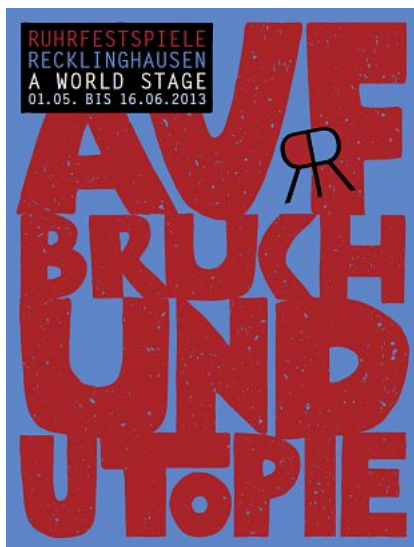
Jahrelang konnten die am 1. Mai startenden Ruhrfestspiele mit Hollywood-Stars glänzen. In diesem Jahr tritt das gemeinsam vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und der Stadt Recklinghausen getragene Theaterfestival be-

scheidener auf und schiebt deutsche Bühnenstars wie Nina Hoss, Birgit Minichmayr und Constanze Becker in den Vordergrund.

Mehr als 100 Produktionen umfassen die Ruhrfestspiele 2013, die Festspielleiter Frank Hoffmann diesmal unter das Motto „Aufbruch und Utopie“ gestellt hat. Gemeint ist damit die Epoche zwischen 1889 und der Machtergreifung der Nazis 1933, in der Deutschland bei Literatur und Theater zur Weltspitze gehört hat. Gezeigt werden in Recklinghausen vor allem Inszenierungen führender deutschsprachiger Bühnen, u. a. aus Frankfurt/M., Berlin und Hamburg. Aber auch Lesungen bekannter Schauspieler und Autoren wie Ulrich Matthes und Harry Rowolth und ein eigenes Fringe-Festival mit seinem Improvisationstheater für jüngere Zuschauer gehören erneut zum Programm. Beim traditionellen Abschlusskonzert am 16. Juni im Stadtgarten stehen in diesem Jahr die Fantastischen Vier auf der Bühne.

Für GdP-Mitglieder gibt es ermäßigte Eintrittskarten.

Mehr Infos: www.ruhrfestspiele.de



Viel Unterwegs? Alle aktuelle News der GdP, die wichtigsten Termine und Adressen gibt es auf Wunsch auch direkt aufs Handy. Ein weiterer Pluspunkt: Alle 57 in NRW genutzten Schichtdienstmodelle für die einzelnen Polizeibehörden und -standorte sind über die GdP-App jederzeit abrufbar.

Die App des GdP-Landesbezirks gibt es sowohl für Apple- als auch für Android-Handys.





Spannend und aufregend war es bei der Fußballmeisterschaft der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, die die Studierendenvertretung der Abteilung Köln mit Unterstützung der GdP bereits zum vierten Mal in Folge organisiert hat. 36 Mannschaften, der größte Teil davon Kommissarsanwärterinnen und Kommissarsanwärter, kämpften am ersten Februar-Wochenende um die begehrten ersten Plätze. Eröffnet wurde die Fußballmeisterschaft von Dr. Ludger Schrapfer, dem Präsidenten der FHöV NRW, und vom Landesjugendvorsitzender der GdP, Dennis Grindel.

Die Junge Gruppe hatte während des Turniers für ihre jungen Mitglieder einen Infostand aufgebaut und stand für Fragen und Hilfe zur Verfügung. Dennis Grindel, der zurzeit selbst Studierender der FHöV in Duisburg ist, war es eine besondere Freude, seine Kolleginnen und Kollegen vor Ort anzufeuern. „Es ist wichtig, dass die jungen Leute wissen, dass wir als Gewerkschaft für sie da sind. Das Fußballturnier

stellt für alle Studierenden in dem ansonsten sehr straffen Fachhochschulalltag eine gelungene Abwechslung dar“. Eins ist auf jeden Fall sicher, die GdP ist im kommenden Jahr wieder mit dabei, wenn der Fußballcup in die nächste Runde geht.

Glücksnummern des Monats

Ausgabe: 3/2013
45 19659
Jennifer Jaskulski, Düsseldorf
45 17349
Linda Hebbinghaus, Hagen
45 13253
Michael Folchmann, Recklinghausen
45 19452
Katrin Toschke, Düsseldorf

Die Gewinner erhalten die Colledge-Mappe „Techno Two“.

Anzeige

PK (geh. D./A 9) aus Rheinland-Pfalz/PP Koblenz sucht gegen Umzugskostenbeitrag Tauschpartner aus Nordrhein-Westfalen.
Beagle1002003@yahoo.de

Senioren aktuell

Kreisgruppe Gelsenkirchen

20. März, Seniorentreffen, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Nebenraum der Kantine des Polizeipräsidiums, Rathausplatz 4, 45877 Gelsenkirchen

Kreisgruppe Heinsberg

7. März, Seniorentreffen, Themen: Jahresrückblick, Veranstaltungen 2013, Versorgungsangelegenheiten, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Restaurant Haus Dohmen, Hülhovener Str. 92, 52525 Heinsberg-Eschweiler

Kreisgruppe Köln

21. März, Informationstreffen der Senioren, Melissa Kielwassa von der Firma Reinecker Reha Technik stellt die neuesten Seh- und Vergrößerungshilfen vor, interessierte Kolleginnen und Kollegen (gerne auch mit Partner) sind herzlich eingeladen, auch die, die sich noch im Dienst befinden, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln

NACHRUF

Gudrun Abraham	1. 11. 1930	Höxter	Gerhard Mahlich	29. 9. 1933	Siegen
Siegfried Albrecht	31. 7. 1935	Aachen	Nikolaus Mertens	1. 11. 1921	Köln
Margarete Aman	19. 4. 1921	Bergisches Land	Margareta Mundt	18. 11. 1910	Euskirchen
Alfred Biskup	6. 7. 1917	Bergisches Land	Heinz Rosenkranz	16. 8. 1925	Essen/Mülheim
Josefine Bock	30. 9. 1956	Köln	Friedrich Schaaf	3. 1. 1928	Düsseldorf
Margarete Bolhöfer	2. 8. 1925	Gelsenkirchen	Margareta Scheel	20. 10. 1920	Düren
Sigismund Cypplik	26. 3. 1913	Essen/Mülheim	Ferdinand Schmitt	9. 3. 1930	Ertkreis
Emil Eul	28. 11. 1923	Oberhausen	Norbert Schneider	12. 9. 1953	LZPD NRW
Ulrich Frühauf	25. 1. 1927	Essen/Mülheim	Detlef Schwarzwald	19. 4. 1961	Herford
Hubert Häger	17. 6. 1914	Bergisches Land	Klaus Schwemke	27. 1. 1957	Oberbergischer Kreis
Walter Hlawsa	15. 2. 1945	Kleve	Elfriede Sommer	23. 1. 1919	Unna
Josef Hömberg	3. 3. 1923	Märkischer Kreis	Gerhard Succolowsky	12. 6. 1950	Recklinghausen
Kornel Hoven	8. 6. 1925	Aachen	Elisabeth Uelhoff	19. 8. 1919	Paderborn
Achim Knecht	11. 7. 1961	Innenministerium NW	Karl-Heinz van Vügt	2. 8. 1931	Düsseldorf
Klemens Krause	13. 9. 1935	Köln	Uwe Weighardt	7. 6. 1955	Oberhausen
Otto Langenbach	26. 6. 1919	Siegen	Franziska Wienen	21. 6. 1922	Aachen
Peter Lutterbach	25. 11. 1921	Aachen	Reinhard Winklareth	12. 4. 1957	Ennepe-Ruhr
Helmut Machost	1. 2. 1921	Krefeld			

